

Klimaneutral durch Technologieoffenheit – warum wir eine Einigung der schwarz-roten Koalition brauchen

Gemeinsames Positionspapier der CDU-Landes- und Fraktionsvorsitzenden

Manuel Hagel (Baden-Württemberg) und Sebastian Lechner (Niedersachsen)

Baden-Württemberg und Niedersachsen sind stolze Automobilländer. Hier wird die epochale Errungenschaft der individuellen Mobilität erdacht und in den Fabrikhallen gebaut. Die besten Ingenieurinnen und Ingenieure erdenken hier die Zukunft der Mobilität und die besten Facharbeiterinnen und Facharbeiter der Welt bauen Maschinen und Autos die wir rund um den Globus exportieren.

Deswegen ist die Automobilindustrie – Hersteller wie Zulieferer – für uns auch mehr als nur irgendein Wertschöpfungsfaktor in unserem Bruttoinlandsprodukt. Sie sind Arbeitgeber für ganze Familiengenerationen an Schaffern, sie sind Quell von technischer Innovation und Fortschritt, ja sind stolzer Identifikationspunkt für unsere Heimat. Was hier geschieht, entscheidet mit über die industrielle Zukunft Europas.

Nun stehen wir gemeinsam vor der historischen Herausforderung, unsere Mobilität digital und klimaneutral zu gestalten. Dies zu erreichen ist die Aufgabe unserer Generation. Wir sind fest überzeugt: Das geht! Hohe Energiepreise, sinkende Absatzzahlen und ein viel zu eng gefasstes Regelwerk setzen unsere Industrie, Mittelständler und Familienbetriebe unter Druck. Sie gefährden Produktion und Wettbewerbsfähigkeit, bremsen Innovationen und stellen tausende Arbeitsplätze sowie dringend notwendige Zukunftsinvestitionen in Deutschland infrage.

Politik darf nicht länger kleinteilig steuern. Politik muss Orientierung geben und verlässliche Rahmenbedingungen schaffen, innerhalb derer Investitionsentscheidungen getroffen werden können, auf die sich unsere Unternehmen verlassen dürfen. Der Europäische Rat muss deshalb die richtigen Weichen stellen – für Klimaneutralität und Mobilität durch Technologieoffenheit, für Innovation statt Ideologie und für eine Politik, die Wettbewerbsfähigkeit und Klimaschutz zusammenführt und Arbeitsplätze sichert. Im Folgenden legen wir dar, welche Schritte aus unserer Sicht jetzt notwendig sind, um diese Ziele zu erreichen und für Stabilität und Verlässlichkeit zu sorgen.

I. Unser Ziel: Klimaneutralität durch Innovation

Wir bekennen uns klar zu den europäischen Klimazielen.

Der Weg dorthin darf nicht länger durch ideologische Vorgaben blockiert werden. Das derzeitige Null-Emissionsziel ab 2035 für Neuwagen läuft faktisch auf ein Verbot moderner Verbrennungs- und Hybridmotoren hinaus – allein deshalb, weil sie am Auspuff unvermeidbar CO₂-Emissionen aufweisen. Damit drohen Arbeitsplatzverluste, technologische Abhängigkeiten und der Verlust einer Schlüsselindustrie.

Klimaneutralität gelingt nur durch Vielfalt. Entscheidend ist CO₂ zu vermeiden und damit, womit ein Fahrzeug betrieben wird – nicht, welche Antriebstechnik es nutzt. Deshalb ist es falsch, nur die Technologie zu problematisieren anstatt auch über die Energieträger zu sprechen. Es muss auf alles und nicht nur auf den Auspuff eines Fahrzeugs geschaut werden.

Europa braucht eine Politik, die Fortschritt ermöglicht, statt Innovationen zu verhindern.

II. Unsere Vorschläge für den Europäischen Rat

Der Europäische Rat soll ein klares Signal senden:

Klimaschutz braucht technologische Freiheit – nicht planwirtschaftliche Vorgaben.

1. Null Emissionsziel korrigieren

Die Formulierung „nur 100% emissionsfreie Fahrzeuge ab 2035“ muss aus der EU-Flottenverordnung gestrichen werden. Statt auf eine rein auspuffbezogene Emissionsfreiheit zu setzen, brauchen wir ein System, das auf echte Klimaneutralität abzielt – unabhängig davon, welche Technologie sie erreicht. Künftig sollen alle klimaneutralen Antriebsformen – Batterie, Wasserstoff, Hybrid, E-Fuels und Biokraftstoffe – gleichberechtigt anerkannt werden. So können Plug-in-Hybride, Range-Extender und klimaneutrale, effiziente Verbrenner auch nach 2035 zugelassen werden. Für eine faire Bewertung unterschiedlicher Antriebsarten ist dabei auch der gesamte Lebenszyklus von der Herstellung bis zur Entsorgung in die Betrachtung miteinzubeziehen.

2. Flottengrenzwerte realistisch anpassen

Wir fordern einen europäischen Gleitpfad für CO₂-Grenzwerte, der sich an der realen Entwicklung von Ladeinfrastruktur, Batteriekosten und Energiepreisen orientiert. Für diese Infrastruktur sehen wir den Staat in erster Linie verantwortlich. Diese Werte müssen regelmäßig überprüft und angepasst werden. Bei leichten Nutzfahrzeugen ist eine grundsätzliche Überprüfung der Grenzwerte für einen realistischeren Zielerreichungspfad erforderlich. Außerdem ist es notwendig, die Flottengrenzwerte eng mit dem ab 2027 geltenden europäischen CO₂-Emissionshandel für den Verkehrssektor abzustimmen und zu harmonisieren. Wir werben für die Idee, dass Klimaschutz nicht zu Standortverlusten und Produktionsverlagerung führen darf, sondern mit industrieller Wettbewerbsfähigkeit,

Wirtschaftswachstum und neuen Jobs einher gehen muss. Nur so gewinnen wir die Gesellschaft in unserem Land wieder für Umweltschutz und schaffen die Bereitschaft Hand in Hand klimaneutral zu werden und Industrieland zu bleiben. Nur so werden wir weltweit ein Vorbild und sind nicht länger abschreckendes Beispiel.

3. E-Fuels und Biokraftstoffe anrechnen

Synthetische und biogene Kraftstoffe müssen auf die CO₂-Bilanz der Fahrzeugflotten angerechnet werden. Dafür ist es erforderlich, die regulatorischen Rahmenbedingungen für einen Markthochlauf dieser Kraftstoffe zu schaffen. Insbesondere müssen industrielle CO₂-Punktquellen dauerhaft anerkannt werden. Eine stetig steigende Beimischungsquote macht den Fahrzeugbestand klimaneutral, ohne Verbraucher zu überfordern.

4. Kreislaufwirtschaft fördern

Zurückgegebene oder recycelte Fahrzeuge aus Europa sollen künftig auf die Flottenbilanz angerechnet werden können. Das stärkt Ressourceneffizienz und Innovationskraft, sorgt für einen europäischen Markt der Nachhaltigkeit und bringt saubere Fahrzeuge schneller auf die Straße. In der Folge kurbeln wir die Nachfrage an und schaffen so ein Konjunkturprogramm für unsere Automobilhersteller und dadurch für unsere Zulieferer.

5. Zukunftstechnologien gezielt fördern

Europa darf technologische Unabhängigkeit nicht verlieren, sondern muss Leitmarkt für klimaneutrale Mobilität werden. Dafür ist vor allem ein attraktiver und wettbewerbsfähiger Strompreis erforderlich. Ein europäischer Innovationsfonds für klimaneutrale Mobilität soll Forschung zu Batterietechnologien, Wasserstoffmotoren, E-Fuels und bidirektionalem Laden unterstützen. Darüber hinaus wollen wir z.B. das bidirektionale Laden durch Befreiung des zwischengespeicherten Stroms von Steuern, Umlagen und Abgaben fördern, um Doppelbelastung zu vermeiden. Durch Social Leasing und gezielte steuerliche Anreize – etwa durch eine Befreiung oder Senkung der Mehrwertsteuer auf neue und gebrauchte E-Fahrzeuge sowie die Fortsetzung der Kfz-Steuerbefreiung – soll der Markthochlauf sozial abgefedert und beschleunigt werden. Auch Hybride und Range-Extender müssen dabei in eine Förderung mit einbezogen werden. In diesem Zusammenhang plädieren wir für die zeitweise Aussetzung der Besteuerung des geldwerten Vorteils bei E-Dienstwagen. Die Rolle von Plugin-Hybriden muss durch Maßnahmen, die für höhere elektrische Fahranteile sorgen sowie die Beibehaltung des Utility-Faktors gestärkt werden.

6. Infrastruktur ermöglichen

Um die neuen Technologien auch marktfähig zu machen, müssen wir durch staatliche Anreizsysteme dafür Sorge tragen, dass entsprechende Infrastruktur sowie ein Marktumfeld zur Verfügung steht, die eine Betankung mit E-Fuels, Strom oder Wasserstoff ermöglicht.

III. Deutschlands Verantwortung

Deutschland muss gegenüber der Europäischen Union mit einer geeinten und realistischen Position auftreten.

Das heißt für uns:

- die Korrektur des Null-Emissionsziels,
- die Einführung eines mit dem Emissionshandel abgestimmten Gleitpfades für CO₂-Flottenwerte,
- die Anrechnung synthetischer und biogener Kraftstoffe
- und die Initiative für einen europäischen Mobilitätsrat 2035+, der Industrie, Arbeitnehmer und Wissenschaft einbindet.

Unser Leitgedanke

Klimaneutral werden und Industrieland bleiben: Klimaneutralität durch Technologieoffenheit ist der Schlüssel, um die industrielle Stärke Europas zu bewahren. Entscheidend ist, welchen Beitrag eine Technologie zur CO₂-Reduktion leistet – nicht, welche Antriebsform sie nutzt. Darum muss künftig alles, was zur Klimaneutralität beiträgt, auch angerechnet werden. Deutschland steht dabei in besonderer Verantwortung. Unser Land ist das industrielle Herz Europas – stark in Forschung, Entwicklung und Ingenieurskunst. Das gilt es jetzt zu verteidigen. Es gilt die Arbeitsplätze von so vielen Menschen in unserem Land zu sichern und neue Jobs zu schaffen.

Die Zukunft der Mobilität wird nicht in Verordnungen entschieden, sondern in Forschungslaboren, Werkshallen und Ingenieurbüros. Wenn Deutschland auf seine Innovationskraft vertraut und Europa auf seine Ingenieure hört, kann unser Kontinent beides sein: klimaneutral und wirtschaftlich stark.

Manuel Hagel

Fraktionsvorsitzender der CDU in Baden-Württemberg

Sebastian Lechner

Fraktionsvorsitzender der CDU in Niedersachsen